

Wirtschaftsvertreter regen Arbeitskreis an

IHK-Regionalbeirat, BI und Kommune reden über Ortsumgehung

Von unserem Redakteur
Ralf Grün

■ **Straßenhaus.** Vertreter des Neuwieder IHK-Regionalbeirates haben bei einem Vor-Ort-Treffen in Straßenhaus angekündigt, sich vermittelnd und beratend in die seit Jahren konträr zwischen Bürgerinitiative und Ortsgemeinderat und Landesbetrieb Mobilität (LBM) geführte Debatte um die Ortsumgehung einzubringen. Wie Dr. Kai Rinklake, Peter Hack und der IHK-Regionalgeschäftsführer Martin Neudecker nicht verschwiegen, sind sie gleich doppelt motiviert: Zum einen fühlen sie sich den Interessen der Wirtschaft im Neuwieder Raum verpflichtet, die dringend eine bessere Anbindung an die A3 benötigen und Straßenhaus als „Nadelöhr“ empfinden würde. Zum anderen sehen sie den Bedarf für eine Mediation in Straßenhaus selbst, damit es die „beste Lösung“ für die Bürger geben kann. Denn eines ist auch den Wirtschaftsvertretern klar: Der Ort muss dringend vom Durchgangsverkehr, vor allem von den Lkw, entlastet werden.

Dem Treffen in Straßenhaus ging eine Pressemitteilung des IHK-Regionalbeirates voraus, in der die oben genannten Vertreter darlegten, dass es umgehend einen Erörterungstermin geben müsse, damit das Vorhaben Ortsumgehung die nötige Fahrt aufnehmen könne. Das wiederum zog ein Echo der Bürgerinitiative „Zukunft für Straßenhaus“ nach sich, in dem darauf hingewiesen wurde, dass es aufgrund der noch anstehenden Verfahrensschritte im Hinblick auf die derzeit von Rat und LBM favorisierte Trassenführung keine schnelle Lösung geben werde.

Schließlich unterbreiteten beide Seiten Gesprächsangebote, die Martin Neudecker schließlich zum Anlass nahm, ein solches „Gipfeltreffen“ kurzfristig und in Abspra-



BI-Vorsitzender Herbert Krobb (2. von rechts) führte die Gesprächsrunde mit Vertretern von IHK, Ortskommune und Bürgerinitiative an das Ende der Birkenstraße, wo die geplante Umgehungsstraße für Straßenhaus nach derzeitigem Planungsstand am Ort vorbeiführt. Fotos: Ralf Grün/Reproduktion

che mit dem BI-Vorsitzenden Herbert Krobb und Ortsbürgermeisterin Birgit Haas noch vor dem Jahreswechsel zu organisieren.

Die IHK-Vertreter sahen das Treffen als Gelegenheit an, sich ein Meinungsbild in geraffter Form einzuholen und die Örtlichkeiten für die derzeit geplante Umgehungsstraße in Augenschein zu nehmen. Dabei verschwieg das ehrenamtliche Beiratsmitglied Kai Rinklake nicht, dass den IHK-Vertretern die einzelnen baulichen Planungen nicht wirklich geläufig sind. Diesen Hinweis griff BI-Vorsitzender Herbert Krobb auf und überreichte eine Infomappe. Er führte zudem schlaglichtartig Punkte an, die die BI aus Sicht betroffener Bürger, aber auch aus wirtschaftlich-ökologischer Sicht kritisiert und ins laufende Planungsverfahren eingebracht habe. Das betraf die Abtrennung der Ortsteile Niederhonnefeld und El-

lingen durch die geplante Umgehung, die Ausbautiefe von neun Metern, die Gefäll- und Steigungsstrecken mit ihren Auswirkungen in Sachen Schadstoffausstoß bei Fahrzeugen, die Nähe der Trasse zur Wohnbebauung oder die aus Sicht der BI rechtswidrige Lärmbelastung für Anwohner im Wohngebiet, die aufgrund des bislang nicht vorgesehenen Lärmschutzes auftreten werde.

Krobb betonte, dass auch die BI den Lkw-Verkehr schnellstmöglich aus dem Ort verbannt wissen wolle. „Allerdings ist die Umgehung so nicht die beste und schon gar nicht die schnellste Lösung für den Ort. Das wäre zweifellos ein Tunnel“, stellte er wiederholt fest. Im gleichen Atemzug nannte er die vom LBM präsentierten Kostenschätzungen sowohl für die Trasse als auch den Tunnel manipuliert. „Zu D-Mark-Zeiten sollte die Umgehung 19,1 Millionen kosten, jetzt 16,8 Millionen Euro. Für den Tunnel ist eine teurere Version gerechnet worden. Dabei wurde nichts kalkuliert, nichts untersucht, keine Bohrung, nichts. Das beauftragte Ingenieurbüro gab schriftlich zu, dass es keinerlei Referenzen zum Tunnelbau vorweisen kann.“ Stattdessen würden Gerüchte im Ort kursieren, wonach Bürger Risse in ihren Häusern fürchten müssten, wenn ein Tunnel gebaut würde. „Das ist angesichts von Bautiefe und Bauweise Unsinn“, erklärte der BI-Vorsitzende.

IHK-Regionalgeschäftsführer Martin Neudecker wollte auch die andere Seite zum Thema hören. Ortsbürgermeisterin Birgit Haas

hob darauf ab, dass alle Punkte der BI ins Verfahren einfließen werden – und beim Erörterungstermin sicher auch auf den Tisch kommen. Bis es so weit ist, möge jedoch der BI-Vorsitzende Abstand von Formulierungen wie „manipuliert“ nehmen. Der Rat sei seinerzeit, wie von Herbert Krobb beim Treffen berichtet, auch nicht erpresst worden, als es darum ging, auf einen Trassenverlauf umzuschwenken. Das trage keineswegs zu einer konstruktiven Atmosphäre bei. Haas verwies zudem darauf, dass die Tunnelvariante seitens des LBM als nicht umsetzbar eingestuft worden ist. Rückmeldungen vom Bund auf Anfrage der Kommune beziehen sich auf die LBM-Entschei-

dung. Entsprechende Schreiben hat Ratsmitglied Sven Bühnert der RZ zur Verfügung gestellt.

Aus Sicht der IHK-Vertreter stand am Ende des Treffens fest: „Wir wollen uns ergebnisoffen positionieren mit der Stoßrichtung, dass es zügig weitergeht und nicht in eine Blockadehaltung mündet“, sagte Rinklake. Sein Beiratskollege Peter Hack betonte, dass sich der IHK-Regionalbeirat bewusst dazu entschieden habe, seine Neutralität einzubringen. Das Treffen könne letztlich nicht dazu dienen, den richtigen Plan festzulegen: „Jetzt gilt es, die Intelligenz einzuschalten und Alternativen zu prüfen. Dafür rege ich einen Arbeitskreis mit allen Betroffenen an.“

Kommentar

Ergebnisoffener Ansatz ist richtig

Die Wirtschaft im Kreis setzt bei einem Infrastrukturvorhaben mit Konfliktpotenzial wie der Ortsumgehung Straßenhaus auf konstruktive Gespräche und will angesichts der verfahrenen Situation sogar als Vermittler auftreten: Das ist trotz eigener, nicht verschwiegener Interessen sehr lobenswert. Und der ergebnisoffene Ansatz der IHK-Vertreter ist in Sachen Mediation der einzig richtige. Klar ist aber auch: Wenn sich die IHK einschaltet, muss sie auch bis zum Schluss mitziehen, sprich: sich für die of-



Ralf Grün zur Initiative des IHK-Regionalbeirates

fenkundig beste Lösung einsetzen. Ob das am Ende doch noch der Tunnel sein wird, wird das weitere Verfahren inklusive Erörterungstermin zeigen. Sollte es eine Umgehung sein, muss unter dem Strich zumindest stehen, dass seitens des Bundes auch finanziell alles dafür getan wird, dass für die Bürger das Beste herauskommt. Das betrifft sowohl Schallschutz und Abgasmissionen als auch die Anbindung der Ortsteile. Da ist dann auch der Rat gefordert: Nötigenfalls wären dann im Sinne der Bürger Beschlüsse auch zu revidieren.



Die auf der Karte eingezeichnete rote Linie zeigt den geplanten Trassenverlauf zwischen Straßenhaus sowie Niederhonnefeld und Ellingen.